

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 3

Artikel: Die Russifizierung Lettlands : Oskar Angelus zu einem Protestbrief lettischer Kommunisten
Autor: Angelus, Oskar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095274>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

druck gegeben und sie auf den obligatorischen Rundgängen im Gefängnishof angespuckt. Als man ihn zum Galgen führte, schlug ihm einer der Gefängniswärter mit einer Eisenstange auf den Hinterkopf. Er fiel in Ohnmacht und wurde in diesem Zustand gehenkt.

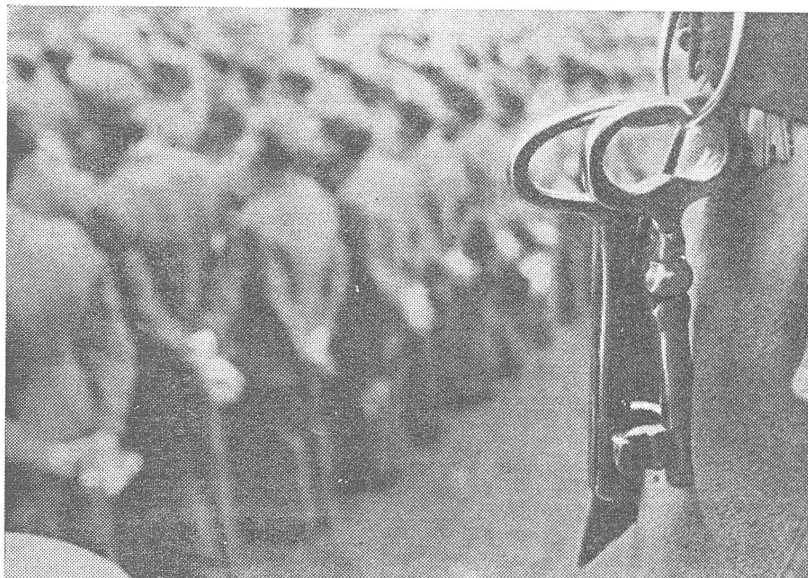
Die Angeklagten des Massenverfahrens von Jutadomb bei Budapest wurden auf sowjetischen Druck dutzendweise zum Tode verurteilt, weil die angreifenden sowjetischen Einheiten in diesem Quartier grosse Verluste erlitten hatten. Der Prozess wurde in Gruppen von jeweils acht bis zehn Angeklagten unter strengster Geheimhaltung durchgeführt. Angeblich sollen ungefähr 100 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten dieser sogenannten «Jutadomber Gruppe» hingerichtet worden sein.

Im Frühling 1962 wurde auf Anweisung der Partei das Verfahren in diesen Racheprozessen beschleunigt. Das letzte Todesurteil wurde im Prozess gegen Herczeg, Benjamin und Mitangeklagte über Laszlo Nickelsburger ausgesprochen.

Damit waren die grossen Prozesse abgeschlossen. In den Gefängnissen wurden die Gefangenen umgruppiert. Das hing mit der Vorbereitung auf die Amnestie zusammen. Das grosse Gefängnis Maria Nostra wurde von den «klassenfeindlichen» politischen Gefangenen geräumt. Man teilte die Gefangenen in zwei Kategorien ein: Die Erstverurteilten, die in den Genuss der Amnestie kommen sollten, verbrachte man grossteils in das Budapester Sammelgefängnis, die Rückfälligen wurden zumeist ins Gefängnis Satoraljaihely eingeliefert. In Vac, Szeged und Tököl blieben nur kranke Gefangene zurück.

Amnestie von 1963 mit Zufallskriterien

Die Amnestie wurde am 22. März 1963 verkündet. Dass sie sich nicht auf Rückfällige bezog, führte zu tumultuösen Szenen. Im Gefängnis von Satoraljaihely zum Beispiel war die Aufregung so gross, dass es von bewaffneten Kräf-



Ungarischer Gefängnishof.

ten besetzt werden musste. Aus dem Sammelgefängnis wurden etwa 800 Gefangene entlassen, und aus Satoraljaihely setzte man etwa 80 der 900 Gefangenen auf freien Fuss.

Vor der Amnestie wurden im Budapester Sammelgefängnis die Gefangenen durch zwei Kommissionen geprüft, die von unterschiedlicher Strenge waren. Laut Amnestieverordnung durften Mörder nicht amnestiert werden. Zahlreiche Freiheitskämpfer, die in den Kämpfen mit den sowjetischen Interventionstruppen von ihrer Waffe Gebrauch gemacht hatten, waren aber als gewöhnliche Mörder und Verbrecher abgeurteilt worden. Aufgrund dieses janusköpfigen Entlassungsverfahrens wurden viele hundert Personen, die an den Kämpfen teilgenom-

men hatten, nicht amnestiert. Zwar als politische Gefangene qualifiziert, aber als gewöhnliche Verbrecher behandelt sind etliche von ihnen bis heute eingekerkert geblieben. Andere Gefangene wurden bei genau gleichem Tatbestand entlassen. Der Zufall, durch welche der beiden Kommissionen man 1963 geprüft wurde, hatte lebenslängliche Folgen.

Der einzig wirklich eindeutige Teil der Amnestie war die Anordnung, dass nach 1963 keine neuen Verfahren wegen Teilnahme an der Revolution von 1956 eingeleitet werden sollten. Obwohl die Parteipropaganda auch weiterhin betonte, dass «konterrevolutionäre Verbrechen» nicht verjähren könnten, ist dieses Versprechen eingehalten worden. ■

Oskar Angelus zu einem Protestbrief lettischer Kommunisten

Die Russifizierung Lettlands

Die grösste schwedische Morgenzeitung, die Stockholmer «Dagens Nyheter», veröffentlichte am 29. Januar einen Brief lettischer Kommunisten, die wohl nicht an der Spitze von Partei oder Regierung stehen, aber einflussreich genug sind, um gehört zu werden, und noch eben in Lettland leben. Die 17 Parteimitglieder greifen in ihrem Brief die «grosstrussische Nationalitätenpolitik» Moskaus an und bitten, Kopien an die kommunistischen Parteien in Rumänien, Jugoslawien, Frankreich, Italien, Oesterreich, Spanien und andere Länder zu schicken, ferner persönlich an die Genossen Aragon und Garaudy in Frankreich.

Die Empfänger sind sorgfältig ausgewählt: Rumänien und Jugoslawien sind als Kritiker der Sowjets bekannt; dasselbe gilt zum Teil für die nicht an die Herrschaften gelangten «Bruderparteien» in den übrigen erwähnten Ländern. Aragon und Garaudy sind als scharfe Tadler der sowjetischen Politik aufgetreten.

Die Briefschreiber, die in der nächsten Umgebung der leitenden Funktionäre in Lettland zu suchen sind, unterstreichen in ihrem Brief, dass es sich um Fragen handelt, die in der lettischen Bevölkerung Zukunftssorgen erwecken und ständig erörtert werden.

Das Dokument ist 1971 in Riga auf russisch abgefasst, von einem Reisenden ins Ausland geschmuggelt und jetzt den im Schreiben erwähnten Personen und Parteien übergeben worden. Auch der Kommunistenführer Schwedens, Hermansson, hat ein Exemplar erhalten. Die Zeitung bringt etwa einen Drittel des zehneitigen Briefes wortwörtlich, den Rest gekürzt.

Aus dem Inhalt geht hervor, dass Lettland, die anderen baltischen Länder und die Kasachische SSR im Augenblick das erste Ziel der Russifizierung darstellen. Die Schreiber, alte Parteimitglieder, die schon im «bürgerlichen Lettland» für

den Marxismus-Leninismus tätig waren, dafür verurteilt wurden, als Partisanen gegen die deutsche Armee kämpften, nach dem Krieg sich mit aller Kraft der Aufbauarbeit widmeten, müssen, wie sie schreiben, sehen, wie die Lehre Karl Marx' entstellt und als Deckmantel des grosstrussischen Chauvinismus ausgenutzt wird. Anfänglich dachten sie, das sei ein Fehler einzelner Führer, bis sie einsahen, dass es sich um ein sorgfältig ausgeklügeltes System der sowjetischen KP handelt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann das Zentralkomitee der sowjetischen KP mit der Zwangsumsiedlung von Russen ins Baltikum und der Zwangsassimilation der kleinen Völker. Da sie, die Schreiber, den Brief nicht unterzeichnen können, bringen sie Tatsachen, die nicht umzustossen sind.

Es folgt die Aufzählung einer Reihe von Fakten, die im Ausland bekannt sind, zumeist aber als unwichtig übersehen und verdrängt werden. Speziell wird an die vollständige russische Kontrolle des örtlichen Parteiapparats erinnert, an die von Russen geleitete Personalpolitik, die heimische Kräfte von leitenden Posten entfernt, an die Gründung grosser Industrieunternehmen, ▶

Deutschland Archiv

Zeitschrift für Fragen der DDR
und der Deutschlandpolitik

Deutschland Archiv erscheint monatlich im Umfang von 112 Seiten

Preis des Einzelheftes DM 4,80
Jahresabonnement (12 Hefte) DM 50,-, zuzüglich Portokosten

Schüler, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstpflichtige erhalten das Jahresabonnement zum Preis von DM 30,- zuzüglich Portokosten.

Kostenloses Probeheft auf Anforderung

Verlag Wissenschaft und Politik
5 Köln 1, Salierring 14-16

informiert mit Dokumentationen und Berichten über Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der DDR

analysiert die Entwicklung der verschiedenen Lebensbereiche der DDR und der innerdeutschen Beziehungen

diskutiert prinzipielle und aktuelle Probleme der Deutschlandpolitik, der Ostpolitik und der DDR-Forschung

für die Arbeiter eingeführt, Rohstoffe aus einer Entfernung von 3000 bis 4000 Kilometer Entfernung herbeigeschafft, die Fertigware aber ausgeführt wird, an die Einrichtung zahlloser Erholungsheime und Kuranstalten für Russen, an die Stationierung grosser sowjetischer Streitkräfte in Lettland, wobei Letten in weitentfernten Gegenden ihrer Militärpflicht genügen müssen.

Als Folge solcher Massnahmen kommen jährlich nach Riga 20 000 bis 25 000 Russen, so dass die Zahl der Letten in ihrer Hauptstadt sich von 45 Prozent (1959) auf 40 Prozent (1970) vermindert hat. 1959 lebten in Lettland immerhin noch 62 Prozent Letten, 1970 waren es nur noch 57 Prozent. Was das bedeutet, zeigt das Schicksal der Karelich-Finnischen Sowjetrepublik. Sie existiert nicht mehr, weil die Einheimischen schliesslich weniger als die Hälfte der Einwohner ausmachten. Jetzt ist Karelien ein Teil der Russischen Föderativen Sowjetrepublik. Dasselbe Schicksal droht Lettland und dem Baltikum.

Zu gleicher Zeit geht die Russifizierung noch einen anderen Weg. Ueberall, nicht nur in Behörden und Konferenzen, sondern auch in den kleinsten Büros und Unternehmen, in denen noch Letten in der Ueberzahl sind, muss Russisch geredet werden, wenn es bloss ein einziger anwesender Russe fordert. Kommt man diesem Wunsch nicht nach, gilt man als «bürgerlicher Nationalist» und wird entsprechend behandelt (ein «bürgerlicher Nationalist» steht mit dem Juden unter dem Naziregime auf gleicher Stufe). Unter Chruschtschew erreichte der grossrussische Chauvinismus seinen ersten Höhepunkt. Allein 26 hochgestellte, namentlich genannte lettische

Kommunisten, die gegen eine Hintansetzung des Lettischen protestierten, wurden gemassregelt. Alle Kongresse und Besprechungen in diesen Fragen sind «sorgfältig vorbereitete Spektakel». Das Resultat steht fest, bevor die Sitzung begonnen hat.

Am Schluss ihres Schreibens bitten die lettischen Kommunisten ihre Genossen in der nichtrussischen Welt um Hilfe, denn die kommunistische Bewegung sei heute so stark, dass Moskau ihre Ansichten nicht einfach missachten könne. Man mag den Brief, trotz sehr vieler richtiger

Einzelheiten, die nur Eingeweihten bekannt sind, als Fälschung oder Propaganda abtun; eines wird man nicht leugnen können: Dass die mit grosser Vehemenz betriebene Russifizierung Lettlands Tatsache ist und dass dieses Faktum auf das Ziel der konkurrenzlosen und absolut sicheren Herrschaft der Russen über die Ostsee hinsteuert. Immer, wenn die Sowjets aussenpolitisch mit bemerkenswertem Aplomb irgendwo auftreten, wie heute im Mittelmeer, beschäftigen sie sich still und geschäftig mit Aufgaben in ganz anderen Gegenden. ■

Der Kommentar

Zur nationalen Unterdrückung in den Proportionen der gesellschaftlichen Unterdrückung

Wir haben ganz gewiss Besseres zu tun, als den Leuten in den Rücken zu fallen, die sich unter vermutlich erheblichen persönlichen Risiken gegen die Moskauer Zentrale auflehnen. Wir solidarisieren uns ganz und gar mit ihrem Anspruch darauf, angehört zu werden.

Der Brief der baltischen Parteifunktionäre eignet sich auf verschiedene Weise dazu, die Brutalität und Scheinheiligkeit des sowjetischen Sy-

stems zu entlarven. Wenn sowjetische Staatsbürger gezwungen sind, ihre Anliegen zu einer innersowjetischen Frage von Kultur- und Nationalitätenpolitik in einem geschmuggelten Brief dem Ausland vernehmbar zu machen, weil sie in ihrem eigenen Lande nicht einmal angehört werden, so spricht das Bände über den tatsächlichen Zustand der sowjetischen Bürgerrechte. Wenn die Unterzeichneten ferner der Partei angehören, so zeigt das wieder einmal, wie es mit der «Parteidemokratie» bestellt ist. Der Brief hat dazu ganz konkret das Verdienst, die Verlogenheit blosszustellen, mit der die «leninschen Normen der Nationalitätenpolitik» in der UdSSR tatsächlich gehandhabt werden. Er eignet sich weiter zum Hinweis darauf, was für eine Heuchelei dahintersteckt, wenn die Sowjets im Ausland als Beschützer nationaler oder ethnischer Minderheitsrechte auftreten. Und schliesslich ist gerade heute kein Hinweis darauf zu viel, dass das Baltikum eine kolonial-